



Bundesverband Freier
Immobilien- und Wohnungs-
unternehmen

Französische Straße 55
10117 Berlin
Tel.: 030 32781-110
Fax: 030 32781-299

Pressekontakt:
Thomas Wedel
Pressesprecher

thomas.wedel@bfw-bund.de
www.bfw-bund.de
www.bfw-newsroom.de
www.bfw-politikforum.de

Twitter: @BFWBund

BFW-PRESSEMITTEILUNG

BFW-Präsident: Mehr Mittel für energetische Gebäudesanierung zielgerichtet einsetzen

Berlin, 22.09.2021. Der BFW Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen begrüßt die Aufstockung der Mittel für die energetische Sanierung von Gebäuden. „Jetzt kommt es aber darauf an, dass das Geld zielgerichtet und sinnvoll eingesetzt wird“, erklärte BFW-Präsident Andreas Ibel in Berlin. „Höhere Standards für den Neubau helfen hier nicht, dann verpuffen die Milliarden. Das haben die vergangenen Jahre gezeigt“.

Ibel ergänzt: „Der Schlüssel für wirksamen Klimaschutz liegt im Bestand. Deshalb ist es wichtig, die im Sofortprogramm vorgesehenen Fördergelder sorgfältig auf ihre Wirksamkeit zu überprüfen. Darauf hat der Expertenrat bereits im August hingewiesen. Eine methodisch konsistente, isolierte Rechnung zur Wirkung des Sofortprogramms kann die Regierung bis heute nicht vorlegen. Daher macht es keinen Sinn, jetzt nach dem Gießkannenprinzip weitere Fördermilliarden zu verteilen. Auch hierfür gilt das Prinzip Gründlichkeit vor Schnelligkeit“, sagte der BFW-Präsident.

„Seit geraumer Zeit investiert die mittelständische Immobilienwirtschaft enorme Summen in die Energieeffizienz von Gebäuden. Studien zeigen aber, dass kaum CO2 eingespart wird, wenn sich das Nutzungsverhalten der Mieter nicht entsprechend ändert“, so Ibel. „Der Neubau macht nur einen Prozentpunkt des gesamten Gebäudebestands in Deutschland aus. Schon heute sind hier die Standards so hoch, dass wir uns in einem wirtschaftlichen und technischen Grenznutzenbereich befinden. Es muss viel Geld investiert werden, aber die Effekte für den CO2-Ausstoß sind zu gering“, sagte der BFW-Präsident. „Wer die Neubaustandards weiter hochschraubt, verbessert nicht die Energieeffizienz, sondern verkompliziert und verteuert das Bauen für Unternehmen und private Haushalte zusätzlich“, ergänzte Ibel.

„Dass der CO2-Ausstoß im Gebäudesektor sinken muss, ist klar. Doch Investitionen in den Klimaschutz müssen auch wirtschaftlich bleiben. Sonst entsteht eine Neubau- und Investitionsbremse und mehr bezahlbares Wohnen bleibt eine Wunschvorstellung. Damit gefährdet die Politik am Ende auch die gesamtgesellschaftliche Akzeptanz der vorgegebenen Ziele beim Klimaschutz“, so Ibel abschließend.

Dem BFW Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen als Interessenvertreter der mittelständischen Immobilienwirtschaft gehören derzeit rund 1.600 Mitgliedsunternehmen an. Als Spitzenverband wird der BFW von Landesparlamenten und Bundestag bei branchenrelevanten Gesetzgebungsverfahren angehört. Die Mitgliedsunternehmen stehen für 50 Prozent des Wohnungs- und 30 Prozent des Gewerboneubaus. Sie prägen damit entscheidend die derzeitigen und die zukünftigen Lebens- und Arbeitsbedingungen in Deutschland. Mit einem Wohnungsbestand von 3,1 Millionen Wohnungen verwalten sie einen Anteil von mehr als 14 Prozent des gesamten vermieteten Wohnungsbestandes in der Bundesrepublik. Zudem verwalten die Mitgliedsunternehmen Gewerberäume von ca. 38 Millionen Quadratmetern Nutzfläche.